

# Liste Fritz. Tirol

**Liste Fritz Pressespiegel**

**KW 27**

**Von 01.Juli bis 07.Juli 2024**



PHILIPP NEUNER

## Tiroler Politik kurz notiert

Seit 15 Jahren wird um den Neubau des MCI gestritten. Politisch zuständig sind nun LH Mattle als Finanzreferent, LHStv. Dornauer (Hochbau) und LR Hagele (Wissenschaft).



Foto: Christof Birbaumer

# Megabau wirft Fragen auf

Geplanter Neubau des MCI in Innsbruck um 250 Millionen Euro wird Thema im Landtag.

Opposition sieht viele Fragen offen. Bericht des Rechnungshofes zeigt Geldflüsse zur ÖVP.

**T**urbulent startet diesmal die politische Woche in Tirol. Den Auftakt bildet heute ein neuer Bericht des Landesrechnungshofes, beantragt im Dezember 2022 von Liste Fritz und FPÖ. Untersucht wurde dabei die Spenden-, Inseraten- und Sponsoringtätigkeit von Landesunternehmen an politische Parteien bzw. parteinahe Organisationen.

„Jetzt liegt das Ergebnis der Sonderprüfung vor: Zwischen 2008 und 2022 sind Gelder von Landesunternehmen zu 99,8 Prozent an die ÖVP gegangen“, wundert sich Liste-Fritz-Klubobmann **Markus Sint** und FPÖ-Klubobmann **Markus Abwerzger** und wollen „dieses jahrelang geübte System endlich abstellen“.

Auch der Grüne Klubobmann **Gebi Mair** will Licht ins Dunkel bringen: Er hat bereits angekündigt, im Juli-Landtag „die Inseratenaffäre des Bauernbundes“ thematisieren zu wollen: „Noch immer herrschen in den Innereien der ÖVP Unsitten,

wie mit Inseraten umgegangen wird. Das werde ich tunlichst aufzeigen.“

Gestartet wird der letzte Landtag vor dem Sommer am Mittwoch mit einer mündlichen Anfrage zu einem Dauerbrenner in Tirol: „MCI-Nachdenkpause ist vorbei: Wie hoch waren die Beraterkosten?“, will Neos-Chef **Dominik Oberhofer** wissen. Dabei geht es um kolportierte Kosten in Millionenhöhe, die bei dem seit rund 15 Jahren andauernden Zoff um die unternehmerische Hochschule entstanden sein sollen.

Alle vier Oppositionsparteien (FPÖ, Grüne, Liste Fritz, Neos) werfen bei diesem Thema ihr Gewicht in die Waagschale und wollen LHStv. **Georg Dornauer** zu klaren Antworten bewegen. Fünf Fragen haben sie in einer Dringlichen Anfrage formuliert: „Ist der Neubau überhaupt gewünscht und was darf er kosten? Soll das vorliegende Neubau-Projekt um insgesamt maximal 250 Millionen Euro umgesetzt



Sophia Kircher ist nun auch JVP-Bundesobfrau-Stv.

Foto: Christof Birbaumer

teilweise bezogen. Das Gebäude gehört dem Bund, die Polizei ist darin Mieter. Die Kosten beliefen sich bei 56.500 Quadratmeter Nutzfläche auf 130 Millionen Euro, ein Klacks im Verhältnis zu dem, was das MCI kosten soll. Das wird beim Vergleich der Nutzflächen deutlich: Das MCI soll bei rund einem Viertel der Nutzfläche (15.500 qm) fast doppelt so teuer werden. Fragen, warum das so ist, wird es somit viele geben.

Und hoffentlich auch viele klare Antworten!

werden?“ Weiters verlangen sie die Einsetzung eines Kontrollbeirates. „Es braucht jetzt Transparenz, Kontrolle und Expertise, um den Neubau kostenschonender zu realisieren.“

Wie die „Krone“ am Sonntag berichtete, ist nun die Bundesimmobiliengesellschaft ARE im Gespräch, das MCI nach Vorbild des Sicherheitszentrums der Polizei zu bauen. Dieses wird seit Anfang Mai

**A**bgelöst wird bei dieser Sitzung Landtagsvizepräsidentin **Sophia Kircher**, da sie ja den Sprung ins EU-Parlament geschafft hat. Ihr Nachfolger wird VP-LA **Dominik Mainusch**. Die Neos werden ihn auch wählen: Er sei kein einfacher VP-Parteisoldat, sondern pflege einen respektvollen Umgang mit der Opposition. Kircher wurde am Samstag mit 97% zur JVP-Bundesobfrau-Stellvertreterin gewählt.



# TIROL

THEMA  
DES TAGES

## DARUM MACHEN WIR ES ZUM THEMA

Landesnahe bzw. landeseigene Unternehmen inserieren in parteinahen Zeitungen: Das Ausmaß dieser Spenden-, Inseraten- und Sponsortätigkeiten ergründete nun der Landesrechnungshof – mit eindeutigen Ergebnissen.

tiroler@kronenzeitung.at



FP-Chef Markus Abwerzger und Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint setzten im Jahr 2022 eine Prüfung des Landesrechnungshofs durch: Das Ergebnis zeigt, dass die ÖVP Landesunternehmen regelmäßig zur Kassa bittet.

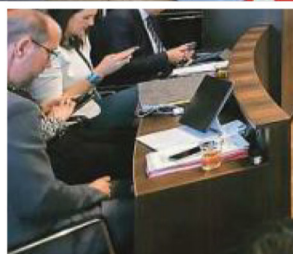


Foto: Christof Birbaumer



Krone KREATIV  
Quelle: Landesrechnungshof  
Foto: Stock Adobe

# Landesunternehmen angezapft: VP in der Kritik

Spenden- und Sponsortätigkeiten landesnaher Betriebe an Parteien sind ein heißes Eisen. Ein Landesrechnungshofbericht zeigt, warum: Das größte Stück vom Kuchen erhielt nur eine Partei.

**T**iwag und ihre fünf Töchter, Hypo Bank AG, Tirol Kliniken, Verkehrsverbund Tirol, Lebensraum Holding mit ihren Töchtern Tirol Werbung und Agrarmarketing, Tigewosi und Landesmuseen eint eine besondere Vorliebe – und das ist die ÖVP.

Wie ein Bericht des Landesrechnungshofes nun aufzeigt, flossen im Zeitraum 2008 bis 2022 in Summe 1,725 Millionen Euro an die Tiroler ÖVP bzw. an ihr nahestehende Organisationen.

Hauptsächlich geschah dies über den Weg von Inseraten in der Tiroler Bauernzeitung. Sie strich im genannten Zeitraum 1,4 Mio. € an Inseratengeldern ein, rund 100.000 Euro jährlich.

„Zu 99,8 Prozent kamen diese Ausgaben der ÖVP zugute, nur zu 0,2 Prozent der SPÖ“, referierten am Montag FP-Chef Markus Abwerzger und Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint die Ergebnisse der Prüfung des Landesrechnungshofes, die sie im Dezember 2022

**„Es würde mir nie einfallen, Landesunternehmen für eine FPÖ-Parteizeitung anzuzapfen. Das ist moralische Korruption.“**

FP-Chef Markus Abwerzger

gemeinsam initiiert hatten. Vom Volumen zweitwichtigster Profiteur war die JVP mit 143.000 Euro, gefolgt von weiteren vier Teilorganisationen (79.000 €) und einer politischen Akademie (23.500 €). An Spenden gingen 2400 Euro bei Teilorganisationen ein.

Groß-Inserent war die finanzkräftige Tiwag mit 473.000 Euro, die sie auf fast alle der im Bericht ge-

nannten elf Organisationen verteilte. Die Tiwag wurde jedoch von der Agrarmarketing Tirol GmbH weit in den Schatten gestellt, denn diese hatte 1,127 Millionen Euro auf der hohen Kante, um sie für Inserate und Sponsoring ausgeben zu können.

„Alles in allem ist das ein Hohn für die Steuerzahler, die dafür aufkommen müssen – zusätzlich zur ohnehin hohen Parteienförderung, die wir in Tirol haben“, sagte FP-Chef Abwerzger. „Das beweist, dass die ÖVP mit Geld nicht umgehen kann. Sie sprengt die Grenzen bei den Wahlkampfkosten ein ums andere Mal – und zwar nicht nur ein bisschen, sondern kräftig, wie sich zuletzt wieder in Innsbruck gezeigt hat.“ Am meisten habe ihn

**„Wer sucht, der findet. Nichts, was passiert ist, ist Zufall. Das ist System ÖVP. Und das Vehikel dazu ist die Tiroler Bauernzeitung.“**

Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint

aber geärgert, dass im Finanzausschuss, als der Bericht debattiert wurde, die ÖVP „null Einsehen“ gezeigt habe: „Sie werden nichts ändern an der politisch unmoralischen Parteienfinanzierung. Alle Parteien haben aus Ibiza etwas gelernt, außer eine“, sagte Abwerzger und verwies auf strengste Compliance-Richtlinien, die mittlerweile in seiner Partei herrschten.

„Es ist tatsächlich erschreckend, dass es null Unrechtsbewusstsein gibt bei der ÖVP“, kritisiert auch LA Sint, „sie sagt klar, das Sponsoring entspricht den Unternehmensvorgaben. Ja wer beschließt denn die Satzungen? Die ÖVP“, zeigte Sint deutlich auf.

Die Konsequenz aus den Vorkommnissen könne nur heißen: „Absolutes Spenden- und Sponsoringverbot – und zwar sofort.“ FP und Liste Fritz bringen im kommenden Landtag einen Dringlichkeitsantrag ein.

Gefordert werden auch Compliance-Richtlinien, „denn es geht nicht immer nur um den geldwerten Vorteil. Es geht auch nicht um die Summe. Es geht um das System.“ Philipp Neuner



# Neuer Clinch in Betten-Affäre

Liste-Fritz-Anfrage an LR Geisler offenbart neue Details zu Bettencausa in Luxusresort.

Von Max Strozzi

**Kals** – Das 2012 errichtete Gradonna-Luxusresort der Schultz-Gruppe in Kals in Osttirol sorgte im Frühjahr im Zuge eines geplanten Ausbaus für Wirbel. Hotel-Unterlagen hatten nahegelegt, dass die Anlage weit mehr als die 490 erlaubten Gästebetten betreibt. Eine als Folge eines diesbezüglichen TT-Berichts durchgeführte Kontrolle durch die BH Lienz – nach der Wintersaison – hatte laut der Behörde ergeben, dass das Resort fünf der 41 Gäste-Chalets widerrechtlich als Mitarbeiter-Unterkünfte verwendete, es folgten Strafanzeigen.

Weiterer Aspekt: Wären die Betten der illegalen Mitarbeiter-Chalets ihrem ursprünglichen Zweck zufolge als Gästebetten gezählt worden, hätte das Hotelresort die erlaubte Höchstzahl an Gästebetten überschritten, ein Ausbau wäre somit nicht umsetzbar. Eine aktuelle Anfragebeantwortung von LR Josef Geisler



Die Vorgänge rund um das Gradonna-Resort bleiben in der Kritik. Foto: Gradonna

(ÖVP) an Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint offenbart neue Details zu der Causa. Die fünf besagten Chalets seien laut Hotelangaben nämlich erst seit Dezember 2023, also kurz vor dem geplanten Ausbau des Resorts, als Mitarbeiter-Unterkünfte genutzt worden.

„Was für ein Zufall“, ätzt Liste-Fritz-Klubchef Sint: „Durch diese kurzfristige Umwand-

lung von Gästechalets in illegale Mitarbeiterunterkünfte geht sich der geplante Ausbau gerade aus. Das Resort kommt danach auf 489 Betten, genehmigt sind 490.“ Für ihn sei die Geschichte nicht glaubwürdig. „Ich frage mich, wo die vielen Mitarbeiter, die jetzt angeblich in den Gäste-Chalets wohnen, bis Dezember 2023 untergebracht waren“, so Sint.

Laut Geisler sind in dem Resort insgesamt 100 Mitarbeiter ganzjährig beschäftigt, im Winter kommen noch 40 Saisonarbeiter dazu. Das Resort verfügt über ein eigenes Mitarbeiterhaus für 40 Beschäftigte. Laut Auskunft des Hotels seien davor im Ort zusätzliche Mitarbeiterunterkünfte angekauft worden, erklärt Geisler.

Die Liste Fritz kritisiert erneut mangelhafte Kontrollen von Großhotels in Tirol. Denn laut Geisler sei die Bettenzahl im Gradonna nur bei der Errichtung 2012/2013 geprüft worden. „Nach 10 Jahren Betrieb und unmittelbar vor einer Erweiterung die Betten erneut zu zählen, ist der Behörde von alleine nicht eingefallen“, so Sint. Und selbst heuer im Frühjahr seien nur die Chalets, nicht aber das Haupthaus mit 250 Betten geprüft worden. Angesichts der Causa sei es „unverständlich, unverantwortlich und unfair“, dass Geisler eine generelle Überprüfung der Betten in Großhotels in Tirol ablehne, so Sint.



# MCI: Bis zum BIG-Deal herbstelt's

Die unendliche Geschichte des geplanten MCI-Neubaus ließ gestern im Landtag Welten aufeinanderprallen. Die Opposition hielt LHStv. Dornauer (SP) vor, weiter nichts auf die Reihe zu bringen, dieser sieht „keine Fehler“.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Über weite Strecken lässt Georg Dornauer die Vorwürfe, Vermutungen und Spitzen an sich abprallen. Telefonartig. Stoisch nimmt er eine oppositionelle Attacke nach der anderen hin. Antwortet bemüht, ohne emotional zu werden. Es gelingt ihm nicht immer. Da oder dort blitzt dann doch ein gewisser

„**Ich bin überzeugt, nicht einen einzigen Fehler gemacht zu haben.**“

Georg Dornauer  
(LHStv., Hochbaureferent, SP)

Zynismus durch, schaltet der Hochbaureferent und LHStv. vom Verteidigungs- in seinen ansonsten gewohnten politischen Angriffsmodus.

„**Außer Kosten nix passiert**“

Zum schier x-ten Mal stand der bis dato gescheiterte, weil immer noch nicht umgesetzte Neubau der Fachhochschule Management Center Innsbruck (MCI) im Zentrum der Polit-Debatte im Landtag. Dornauer hatte Antworten zu liefern. Kostenexplosionen, Differenzen zwischen Landesrat, MCI-Führung und

Stadtspitze, Beraterhonorare, Projektstopps: Es ist schwierig geworden, über all die offenen Baustellen rund um das MCI-Vorhaben die Übersicht zu behalten. Sind es nun 250 oder doch 320 Millionen Euro, die der einst für 80 Millionen Euro unter den Polit-Vorgängern Dornauers angepriesene Bau kosten soll? Und wer wird ihn bauen? Der ausgewählte Totalunternehmer Porr/Ortner, oder doch wie zuletzt kolportiert die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)?

„Außer neuen Kosten für den Steuerzahler ist nix passiert“, warf NEOS-Klubchef Dominik Oberhofer Dornauer vor. Und spricht von 16.000 Beraterstunden, die angefallen und von in Summe 24 Mio. €, die bis dato in sämtliche Vorarbeiten geflossen sein sollen. Und zum Drüberstreuen fragt Oberhofer Dornauer noch, ob ein Projektberater ihm „Gefälligkeiten“ versprochen habe.

Dornauer weist „die im Raum stehende Korruption“ umfassend zurück. Sein bisheriges Handeln verteidigt er. Aber auch jenes seines Vorgängers, des jetzigen NHT-Chefs Johannes Tratter: „Er hat nicht alles falsch gemacht, sondern besonnen entschieden.“ Rosen,



Dominik Oberhofer (NEOS) matchte sich im Landtag mit LHStv. Georg Dornauer. Auf einen gemeinsamen Nenner kamen beide nicht.

Foto: Böhm

welche die vergangene und neue Innsbrucker Stadtführung nicht bekommt. Diese sei „unverlässlich“. Von ihr braucht das Land das Grundstück. Und anstatt Kritik an ihm zu üben, solle die Wirtschaftskammer besser einen Investitionskostenzuschuss leisten, sagt Dornauer, der in

seinem Handeln in der MCI-Causa seit Amtsübernahme Ende 2022 „keinen einzigen Fehler“ erkennen will.

Markus Sint (Liste Fritz) ist da anderer Meinung, sieht aber auch den Koalitionspartner VP mit schuldig. Dass Finanzreferent LH Anton Mattle zum „MCI-Desaster“ schweige, kritisiert er. Eine Art finanziellen Blindflug samt offenen Entschädigungsfragen moniert auch LA Zeliha Arslan (Grüne).

## BIG-Gespräche seit 1 Jahr

Wie gesagt. Dornauer liefert Antworten. Freilich nicht immer auf oppositionelle Fragen. Die von Oberhofer genannten 24 Mio. € dementiert er, es seien nur 13 Millionen Euro: „Ja, das ist halt so.“ An externen Beraterkosten seien während der halbjährigen „Nachdenkpause“ 160.000 Euro angefallen. Die Option, die BIG für den MCI-Neubau zu gewinnen, sei eine sehr reelle. Mit BIG-CEO Hans-Peter Weiss habe er „seit über einem Jahr Gespräche geführt“.

„**24 Millionen Euro für nix und wieder nix: Das ist eine gigantische Verschwendung von Steuergeld.**“

Dominik Oberhofer  
(Klubobmann NEOS)

„**250 Millionen Euro für 3300 Studierende? Da stellt sich mir schon die Frage der Verhältnismäßigkeit.**“

Elisabeth Blanik  
(SP-Landtagsabgeordnete)

„**Das ist nicht Pfuscher, sondern vor dem Bau. Ein unglaubliches Desaster auch für die ÖVP.**“

Markus Sint  
(Klubobmann Liste Fritz)

„**Viele Entscheidungen sind am Landtag vorbeigegangen. Heute stehen wir wieder am Punkt null.**“

Evelyn Achthorner  
(FP-Landtagsabgeordnete)

Nunmehr habe er der BIG offiziell eine 26-seitige Anfrage gestellt: „für die Bau-Errichtung und ein Miet-Kaufmodell“. Dornauer rechnet mit einer positiven Antwort. Dann werde über den Sommer bis zum Herbst verhandelt. Eine Neuausschreibung sei möglich, vertraglich sei im Falle eines Ausstiegs aus dem Vertrag mit Porr/Ortner keine Entschädigung fällig, weil das Land vereinbarte Optionen gezogen habe: „Wir haben

die Einreichplanung herausgekauft.“ Zu all diesen „politischen Notwendigkeiten stehe ich“.

Und was ist mit der Suche nach alternativen Standorten? Von Völs bis St. Johann habe es 28 Angebote gegeben, teils angehaucht von einer gewissen „Goldgräberstimmung“. Man habe sich aber wieder für Innsbruck entschieden. Dort, wo Dornauer „2029 das Bandl durchschneiden“ lassen will.



Vorwärts gegangen ist beim MCI-Neubau bis dato wenig. Außer dass die Kosten davongaloppiert sind. Foto: Böhm



# „Benimm-Regeln“ ante portas?

Landtags-Präsidentin Sonja Ledl-Rossmann forciert einen Compliance-Katalog für die MandatarInnen. Mit der Causa Dornauer habe das aber nichts zu tun, sagt sie. Die Klubobleute sollen beraten – VP/SP noch nicht Feuer und Flamme.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – „Angenommen, Sie als Führungskraft erhalten von einer Firma zehn Freikarten für ein kulturelles Event zum Verteilen an Ihre MitarbeiterInnen. Was tun Sie?“ Wenn es um Korruptionsprävention geht, nimmt es das Amt der Tiroler Landesregierung ganz genau. Hierzu gibt sogar so etwas wie eine Art

Freestyle-Methodik. Weder gibt es für Landesräte noch für Abgeordnete eigene „Benimm-Regeln“. Im Nachgang der Causa Dornauer – der LHStv. hatte sich vom Fußballverband vier EM-Tickets schenken lassen – wird dies jedoch hinterfragt.

Just Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann machte gestern den Klubobleuten einen Vorschlag, eine Art „Ver-

„Ja, wir sollten das angehen. Es würde Sinn machen. Oberösterreich hat bereits einen Verhaltens-Codex eingeführt.“

Sonja Ledl-Rossmann  
(Landtagspräsidentin, VP)

„Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die bestehenden gesetzlichen Regelungen klar vorgeben, was erlaubt ist und was nicht.“

Jakob Wolf  
(Klubobmann ÖVP)

Schnelltest. Zur Sensibilisierung. Essenseinladungen, Auftragsvergaben, Verwandtschaftsverhältnisse und mehr Problemfelder werden hier abgefragt. Der „Compliance“-Katalog im Landesdienst ist umfangreich.

**Noch Freestyle im Landtag**

In Landtag und Landesregierung herrscht diesbezüglich noch eine gewisse Art von

haltenskodex“ anzudenken. Mit Dornauer habe das nichts zu tun, verneint sie, auch wenn der Verdacht naheliegen würde. Vielmehr sei dies die einhellige Meinung aller LandtagspräsidentInnen, wie im Juni bei einer Konferenz in Hall festgehalten. Das Land Oberösterreich habe bereits eigene Compliance-Regeln, Wien arbeite daran, so Ledl-Rossmann. Auch für Tirol



Bekommt der Tiroler Landtag einen eigenen Verhaltenskodex? Die Klubobleute der Regierungsparteien ÖVP und SPÖ sind noch zögerlich. Foto: Falk

würde das „Sinn machen“. Man wäre am Puls der Zeit. Um über Zeitplan und Inhalt zu reden sei, es noch zu früh, Ledl-Rossmann schwebt eine Arbeitsgruppe vor. Ziel müsse sein, dass alle Klub-

obleute dem auch zustimmen würden.

Zumindest bei der Opposition rennt Ledl-Rossmann offene Türen ein. NEOS-Chef Dominik Oberhofer fordert Compliance-Richtlinien aber

auch für die Landesregierung ein – am Mittwoch sogar per Dringlichkeitsantrag. Für FP-Chef Markus Abwerzger sollte ein derartiger Werte- und Verhaltenskodex „selbstverständlich“ sein. Auch von den Blauen kommt ein Ja. Grünen-Klubobmann Gebi Mair wäre schon froh, wenn mit Blick auf Dornauer bereits bestehende Gesetze eingehalten würden. Was Compliance-Richtlinien betrifft, so könne sich die Regierung an den Amtsregeln orientieren, der Landtag brauche auf jeden Fall welche. Markus Sint (Liste Fritz) befürwortet sie: „Allheilmittel sind sie aber keines.“ Es brauche ein gesetzliches Verbot.

Und VP und SP? Getrennt befragt, antworten die Klubobleute Jakob Wolf (VP) und Elisabeth Fleischanderl (SP) wortident. An der Integrität der Mitglieder von Regierung wie Landtag gebe es „keine Zweifel“. Die Frage nach zusätzlichen Compliance-Regelungen werde, sofern ein Antrag eingebracht wird, zu diskutieren sein. Derweil würden bestehende gesetzliche Regelungen „klar vorgegeben, was erlaubt und was nicht erlaubt ist“.

## Amts-Regeln

**Dienstrecht:** Im Amt der Tiroler Landesregierung geben das Dienstrecht und die strafrechtlichen Korruptionsstatbestände die Leitlinie für Beamte und Mitarbeiter vor. Ergänzende Regelungen wurden bereits 1996 erlassen und gelten für alle Landesbediensteten. 2021 wurde zudem ein Verhaltenskodex eingeführt.

**Geschenkannahme:** Gesetzlich ist die Geschenkkannahme grundsätzlich verboten. Erlaubt sind lediglich „orts- und landesübliche Aufmerksamkeiten mit geringem Wert, zum Beispiel Werbe-Kugelschreiber. „Ehregeschenke“ (bspw. solche von anderen Staaten oder Traditionsinstitutionen) sind meldepflichtig und sind dem Dienstgeber zu übergeben.

**Sanktionen:** Ein Verstoß stellt eine Dienstpflichtverletzung dar, die geahndet wird. Derart hat es im Land aber noch keine Auflösung von Dienstverhältnissen gegeben.

## FP und Liste Fritz für Spendenverbot

**Innsbruck** – „Das ist Korruption.“ Für den Klubchef der Liste Fritz, Markus Sint, ist die Conclusio klar. Sein FP-Pendant im Tiroler Landtag, Markus Abwerzger, der im Zivilberuf Anwalt ist, will strikt rechtlich nicht davon sprechen: „Moralisch ist es aber Korruption.“ Beide haben eine Sonderprüfung des Landesrechnungshofs zum Finanzfluss an Spenden, Inseraten und Sponsorings von Landesunternehmen an politische Parteien initiiert. Der Endbericht liegt vor.

Die TT hatte die Ergebnisse bereits Anfang April berichtet. So sind zwischen 2008 und 2022 in Summe rund 1,7 Millionen Euro von 14 Landesgesellschaften und einem Fonds geflossen. Zum überwiegenden Teil

an die *Bauernzeitung*. Die Tiwiag hat für 360.000 Euro inseriert, die Agrarmarketing für eine Million Euro. Von den insgesamt elf EmpfängerInnen, so rechnet der LRH vor, „waren der ÖVP 99,8 Prozent und der SPÖ 0,2 Prozent zuordenbar“. Ebenso betont der LRH, dass den Zahlungen zu 99,7 Prozent eine „marktübliche Leistung der EmpfängerInnen“ gegenüberstand.

„Das alles ist nicht sauber, sondern eine Sauererei“, so Abwerzger. Mehr noch ärgere ihn aber, dass die ÖVP nicht einsichtig sei. Dies habe unlängst eine Debatte über den Bericht im Finanzkontrollausschuss gezeitigt. Für Sint sei das über die Jahre „nicht einfach so passiert, das hat System. Die

ÖVP greift wissentlich in die Kassen des Landes“.

Der VP-Bauernbund spricht von einer „Fehlinterpretation“ des LRH-Berichts durch die Opposition.

FP und Liste Fritz bringen nun in der Landtagsitzung am Mittwoch den

Dringlichkeitsantrag ein, der es Landesunternehmen per Satzung verbieten soll, Spenden, Sponsorings oder Inserate für eine politische Partei oder parteinahe Organisationen zu veranlassen. Die Koalition dürfte kaum zustimmen. (*mami*)



Markus Abwerzger (l.) und Markus Sint schäumen: FP und Liste Fritz fordern Konsequenzen aus den Finanz-Transfers von Landesunternehmen zur ÖVP. Foto: Mitterwachauer



Die Gehaltssituation in der Pflege wird wieder evaluiert. Foto: APA/Techt

## Evaluierung der Pflege-Gehälter dauert an

Intern angekündigt bis Ende Juni, will LR Hagele Bericht nun erst im Herbst vorlegen. Ärger über externe Berater.

**Wien** – Wie den Pflegeberuf attraktivieren? Das ist nicht nur eine Frage der Entlohnung. Dennoch ist die Gehaltssituation eine zentrale. Das aktuelle Modell war eine schwere Geburt, die TT berichtete. Eine, die viele Verhandlungsrunden benötigte. 2014 von der Politik zugesagt, dauerte es bis 2016, bis die Lohnschemata und Einstufungsmodelle überarbeitet waren und in Kraft traten.

Im Herbst 2023 kam es erneut zu einem „Pflege-Gipfel“ mit Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) sowie zentralen Verantwortungsträgern im Gesundheitsbereich. Dem oftmals ausgerufenen

„Ein Zwischenbericht ist nicht vorgesehen. Ergebnisse der Evaluierung sollen im Herbst vorliegen.“

Cornelia Hagele  
(Gesundheitslandesrätin; VP)

„Pflege-Notstand“ sollte mit gezielten Maßnahmen begegnet werden. Mit dem Ziel, mehr Personal auszubilden und rekrutieren zu können. Dabei wurde auch vereinbart, die Gehaltstabellen nochmals einer Evaluierung zuzuführen. Einmal für das Landesbedienstetengesetz (Tirol Kliniken), einmal für das Gemeindevertragsbedienstet-

„Dass das Land keinen Überblick über die Daten hat, zeigt, dass das Problem nicht ernst genommen wird.“

Andrea Haselwanter-Schneider  
(Parteiobfrau Liste Fritz)

engesetz (Bsp.: kommunale Krankenhausverbände). Dem Vernehmen nach soll Hagele damals eine Vorlage des Evaluierungsergebnisses bis zum 30. Juni versprochen haben. Inzwischen ist der Juli angebrochen – die Evaluierung läuft noch immer.

In einer schriftlichen Anfrage wollte Liste-Fritz-Landtagsabgeordnete Andrea Ha-

selwanter-Schneider wissen, was denn da so lange dauere. Es ist kompliziert, so die freihändige Zusammenfassung aus Hageles nun vorliegender Antwort, die sie in Absprache mit LH Anton Mattle (VP) tätigte. Die Pflege liege bei ihr, die Finanzen indes bei Mattle. Abseits der abteilungsübergreifenden Hürden, der Einrichtung von Arbeitsgruppen und eines eigenen Erhebungsrasters verweist Hagele u.a. darauf, dass in die Evaluierung auch Daten aus Bayern und Baden-Württemberg, Südtirol und aus anderen Bundesländern Österreichs einfließen sollen. Zur „Datengeneration und Auswer-

„tung“ habe man eine externe Agentur engagieren müssen – per Direktauftrag. Von sechs Angeboten sei es das billigste gewesen. Die Datenerhebung laufe noch. Ein Ergebnis will Hagele jetzt im Herbst vorlegen.

Dass es eine externe Agentur für die Datenerhebung benötige, lässt Haselwanter-Schneider den Kopf schütteln: „Der Ist-Stand sollte eigentlich bekannt sein.“ Die Grundgehälter seien zu niedrig, das Personal könne nicht gehalten werden. Dass nun wieder Monate ohne Ergebnis verstreichen, zeige, dass „das Problem nicht ernst genommen wird“. (*mami*)





Das neue Landtagspräsidium steht: LH Anton Mattle, Sonja Ledl-Rossmann und Elisabeth Blank (rechts) gratulierten dem Fügener BM Dominik Mainusch (VP) zum neuen Amt.

# Neuer Landtags-Vize: „Sind nicht im Gasthaus“

Mit 24 von 35 Stimmen wurde Dominik Mainusch neuer erster Landtags-Vize. In der Jagd-Debatte zeigte er gleich klare Kante.

**D**ominik Mainusch (VP) ist neuer „Spielmacher“ im Tiroler Landtag. Er folgte in der Funktion des ersten Landtags-Vizepräsidenten LA **Sophia Kircher** nach, die nach Brüssel wechselt. Mainusch kam in geheimer Abstimmung auf 24 Stimmen, um drei mehr, als Schwarz-rot regulär auf sich vereint. Die Konkurrentinnen LA **Evelyn Achhorner** (FP) und LA **Zeliha Arslan** (Grüne) erreichten sieben bzw. vier Stimmen.

In der Aktuellen Stunde zum Thema Leistung positionierte sich LH **Anton Mattle** klar für die Leistungsbereiten und zeigte anhand konkreter Vorschläge auf, wie sich Leistung wieder mehr lohnt. Etwa durch die Einführung eines Steuerfreibetrags für Vollzeitarbeit, die gänzliche Steuerbefreiung von Überstunden oder die Streichung aller Sozialversicherungsbeiträge für Arbeit nach Pensionsantritt. „Was



PHILIPP NEUNER

## Tiroler Politik kurz notiert

darauf folgte, war Dauerkritik der Opposition, ohne konkrete Lösungsvorschläge“, sagte LA **Sebastian Kolland** und sprach von einer „vertanen Chance“.

„Leistung soll sich lohnen – Mattle-ÖVP mit ewig gleichem Wahlkampfschmäh!“, kritisierte Liste-Fritz-LA **Andrea Haselwarter-Schneider**: „Die ÖVP in Tirol hat 78 Jahre Zeit gehabt, ihre eigenen Forderungen umzusetzen!“ Die Forderungen Mattles seien „eine Anklage gegen die eigene Untätigkeit“.

**P**ünktlich zur Jagddebatte betrat auch LHStv. **Georg Dornauer** (SP) wieder die Bühne. Er ist nicht der einzige passionierte Jäger im Landtag.

Die 19. Novelle des Gesetzes sorgte bereits im Vorfeld für Rumoren in ihren Reihen – obwohl der Jägerverband laut ÖVP eingebunden war, laut Dornauer die Verhandlungen acht Monate in Anspruch nahmen. Als dieser von der Regierungsbank aus Grünen-Klubobmann **Gebi Mair** am Rednerpult in ein Zwiegespräch verwickelte, mahnte der neue amtsführende Landtags-Vize gleich zur Disziplin: „Wir sind hier nicht im Gasthaus!“ Die Debatte sei im Plenum zu führen. Die Jagdgesetznovelle bringt bürokratische Erleichterungen bei der Rehkitzrettung, aber auch bei Nachtabschüssen und erlaubt Jägern außerdem, die Trophäen von erlegten Wölfen zu behalten.



# Mautstelle Fernpass ist durch

Der Biberwierer Gemeinderat gab Mittwochabend seine Zustimmung zur Abtretung von Gründen für Scheiteltunnel und Mautstation. Die Abstimmung ging äußerst knapp aus.

Von Helmut Mittermayr

**Biberwier** – Wäre der Anlass nicht ein derart ernster, dann hätte die Gemeinde Biberwier von einem Glückstag sprechen können. Der Ort lässt sich die Grundabläsen zu Bauprojekten für den Fernpasstunnel vom Land Tirol vergolden. Bürgermeister Harald Schönherr verlas Mittwochabend in der Gemeinderatssitzung eine ellenlange Liste, was



Foto: Mittermayr

„Durch den Tunnelbau ist die 7,5-Tonnen-Beschränkung gefährdet. Ich glaube keinen Versprechen!“

Sabine Kerber  
(Gemeinderätin)

man alles ausverhandelt habe und die Gemeinde künftig bekommen werde, wenn man Grundabtretungen an das Land für den Bau eines Scheiteltunnels und einer Mautstation zustimme. Dies reichte vom Lärmschutz über neuen Recyclinghof und Stromzufuhr Blindsee sowie Kommunalsteuereinnahmen bis zu einer Machbarkeitsstudie einer Umfahrung des Talkessels. Damit könnten Biberwier, Ehrwald und Lermoos entlastet werden. Das ging sogar so weit, dass diskutiert wurde, ob künftige Bedarfszuweisungen des Landes wohl geringer ausfallen könnten, wenn Biberwier künftig so gut dastehe.

Zum Jubeln war an diesem Abend aber trotzdem niemandem zumute. Wie ein Damoklesschwert hing die Verantwortung über den elf



Die Visualisierung zeigt das geplante Nordportal auf Außerferner Seite des Fernpasstunnels.

Visualisierung: Land Tirol, Mapcreator

MandatarInnen, die eine Entscheidung weit über den eigenen Wirkungskreis hinaus zu fällen hatten. Nassereith hatte vor einigen Wochen noch eine Mautstelle abgelehnt, auf der anderen Seite des Fernpasses kam es nun aber zu einem Ja. Wenn auch knapp mit sechs zu fünf Stimmen. Damit scheint für das Projekt ein großer Stein aus

dem Weg geräumt zu sein.

Trotz des großen Themas verlief die eineinhalbstündige Diskussion sachlich und ohne persönliche Angriffe. GR Sabine Kerber war an diesem Abend eine Wortführerin der Projektgegner. Immer wieder brachte sie etwa die 7,5-Tonnen-Beschränkung ins Spiel, die wegen der geplanten Fahrerleich-

terungen am Fernpass massiv gefährdet sei. Sie glaube niemandem, der jetzt Versprechen abgebe. Wenn es anders komme, seien alle Politiker längst fort und niemand schuld. Der Dorfchef entgegnete ihr, dass er darauf vertraue, dass die Tonnagebeschränkung halten werde. Denn sie müsste angesichts des Chaos, das über den Be-

zirk hereinbrechen würde, am Tag der Aufhebung sofort wieder erlassen werden.

Einen Blankoscheck würde man dem Land Tirol ausstellen, kritisierte GR Sylvia Anja von Olnhäusen. Denn die Zusage einer Machbarkeitsstudie zur gewünschten Umfahrung des Talkessels Ehrwald sei zu vage. „Uns wird die Pistole auf die Brust gesetzt“, kritisierte sie die Dimension der Entscheidung, die ihr abverlangt werde.

Zwei Gemeinderäte der Bürgermeisterliste, Markus Schutti und Marco Schmid, schilderten ihr intensives Ringen um „die richtige Entscheidung“. Sie hätten sich gründlich in die Materie ein-



Foto: Mittermayr

„Wir werden eigene Verträge mit dem Land abschließen, um die Zusagen juristisch festzumachen.“

Harald Schönherr  
(Bürgermeister)

gelesen, auch Gespräche mit Fritz Gurgiser geführt und seien schlussendlich zu einem Ja gekommen. Vor allem konnten sie dem Argument der Baugegner, man solle zuwarten, nichts abgewinnen. Schutti: „Vor zwei Jahrzehnten wurde genau das Gleiche diskutiert. Jetzt weiterhin nichts zu tun, ist für mich keine Lösung.“

Nach dem Ja dürfte in Biberwier eine Mautstelle errichtet werden, auf Nassereith Seite kommt höchstens eine Nummerntafelerfassung. Das Land kündigte bereits an, jetzt die nächsten Schritte im Fernpasspaket umzusetzen.



Markus Sint  
hat 26  
Fragen zum  
Neubeginn  
der  
Venetbahn.



Fotos: Daum Hubert, Liste Fritz

# Liste Fritz will Einblick in den Venetbahn-Deal

Im Oberland ist man sehr froh, dass ein neuer Investor für den  
Zammer Hausberg gefunden wurde. Doch es gibt auch Kritik.

**W**ie bereits mehrfach berichtet, hat die Pletzer Gruppe die Venetbahn in Zams in letzter Sekunde gerettet. Die renommierte Unternehmer-Familie aus dem Unterland hat seit 1. Mai das Sagen und will die Traditions-Bahn wieder auf Vordermann bringen.

**Anton Pletzer** ist Alleinvorstand der Venet Bergbahnen AG. Den Vorsitz im Aufsichtsrat hat auf dessen Wunsch **Landeshauptmann a. D. Günther Platter** übernommen, die weiteren Mitglieder sind **Friedl Eberl** (Pletzer Gruppe), die Bürgermeister **LA Benedikt Lentsch** (Zams) und **Herbert Mayer** (Landeck) sowie TVB-Obmann **Konrad Geiger**, Unternehmer **Rainer Haag** und Rechtsanwältin **Roswitha Seekirchner**.

Pletzer ist nun 80-Prozent-Eigentümer, die Gemeinden Landeck, Zams sowie der TVB Tirol West müssen zusammen noch 10,5 Millionen Euro beisteuern – dies wurde in einen so genannten „Letter



MARKUS GASSLER

## Tiroler Politik kurz notiert

of Intent“ – einer Absichtserklärung – vereinbart.

In der Region ist man über die Rettung der Venetbahn natürlich froh, zumal die Bahn ohne Pletzer gesperrt worden wäre. Doch 50 Kilometer weiter östlich, im Innsbruck Landhaus, sehen das nicht alle so. „Nachdem sich einige Bürger mit offenen Fragen und Kritik zur Übernahme der Venet Bergbahnen AG durch die Pletzer Beteiligungsgesellschaft an uns gewandt haben, haben wir dazu eine 26 Fragen umfassende schriftliche Landtagsanfrage an **Landeshauptmann Anton Matle** und **Tourismuslandesrat Ma-**

**rio Gerber** eingebracht“, erklärt **Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint** dazu.

Vor allem der genaue Inhalt des „Letters of Intent“ würde Sint interessieren. Ist dieser überhaupt Gemeinderatsmitgliedern in Landeck und Zams sowie dem Gremium des Tourismusverbandes Tirol West in vollem Umfang bekannt? „Wer Millionen Steuergelder freigeben soll, muss alle Unterlagen kennen und genau wissen, worauf er sich einlässt“, betont Sint. Auch die Rolle der Landesregierung sei zu beleuchten. „Wir geben nichts auf die vielen kursierenden Gerüchte, sondern wollen Fakten auf den Tisch. Sind in Zusammenhang mit diesem Deal Gelder des Landes in Form von Bedarfszuweisungen, Förderungen oder Sonstigem zugesagt oder bereits geflossen? Weil es ums Steuergeld der Bürger geht, haben sie ein Recht zu wissen, was mit ihrem Geld passiert“, pocht Sint auf mehr Transparenz.



„Vertreter:innen sollen immer respektvoll mit allen umgehen.“

# Unser Einblick in den Landtag

**Leon (15), Ruben (15), Lea (15), Arianna (15), Elina (15), Lara (14) und Nafia (15)**

Landtagsabgeordnete sind gewählte Mitglieder des Landesparlaments eines österreichischen Bundeslandes. Ihre Aufgaben sind in jedem Bundesland in etwa gleich: Sie repräsentieren die Bürger:innen ihrer Wahlkreise, erarbeiten und beschließen Gesetze, kontrollieren die Landesregierung und diskutieren Themen, die das Bundesland betreffen. Eine weitere Aufgabe ist, dass sie die Mitglieder der Landesregierung, also die Exekutive, kontrollieren. Die Bundesräte und Bundesrätinnen eines Bundeslandes werden durch den jeweiligen Landtag gewählt und entsendet. Wie bereits erwähnt, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Landtagsabgeordneten das Beraten und Beschließen der Landesgesetze. Die Tiroler Landtagsabgeordneten beschließen also jene Gesetze, die in Tirol gelten. Sie beschließen auch, wie viel Geld in Tirol wofür ausgegeben wird – sie entscheiden also über das Landesbudget. Jetzt haben wir viel über den Landtag gesprochen. Da fragen wir uns, was ein Landtag überhaupt ist? Einen Landtag gibt es in jedem Bundesland. Die Mitglieder eines Landtags, die Landtagsabgeordneten, werden alle fünf Jahre, in Oberösterreich alle sechs Jahre, bei den Landtagswahlen gewählt. Doch wie viele

Abgeordnete hat überhaupt der Tiroler Landtag? Der Tiroler Landtag besteht aus 36 Abgeordneten, die sich in sechs Klubs gliedern. Die Klubs verfügen derzeit über folgende Anzahl an Abgeordneten: VP Tirol 14, FPÖ 7, SPÖ 7, FRITZ 3, GRÜNE 3 und NEOS 2. Um unser Wissen noch zu vertiefen, hatten wir die Möglichkeit, die Landtagsabgeordneten Andrea Haselwanter-Schneider und Christoph Appler zu verschiedenen Themen zu interviewen. Unter anderem haben sie uns erzählt, dass jede Erfahrung aus ihrem Leben ihre Arbeit als Abgeordnete beeinflusst. Sie finden es wichtig, Dinge zu hinterfragen und in ihrer Rolle als Abgeordnete etwas zu bewegen. Unsere Gäste waren sehr höflich und gut gelaunt und haben unsere Fragen sehr detailliert beantwortet. Mit ihnen ein Interview zu halten, hat uns allen gefallen und uns die Politik näher gebracht. Wir haben uns zum Schluss die Frage gestellt, was unsere Vertreter:innen tun sollten und was wir von ihnen erwarten. Wir finden: Sie sollen unterschiedliche Meinungen respektieren und ihre Arbeit ernst nehmen. Sie sollten auch generell höflich und aufgeschlossen sein, mit allen gut umgehen und immer gerecht handeln.

## Bundesrat

Die Hauptaufgabe des Bundesrates ist es, die Interessen der neun Bundesländer bei der Entstehung neuer Bundesgesetze im Parlament zu vertreten. Insgesamt hat Tirol fünf Bundesräte und Bundesrätinnen.



Autorinnen und Autoren